

Ich will dazu etwas zweites sagen. Viele sind an mich herangetreten und haben darum gebeten, daß es einige Genossen gibt, die hier ausgeschlossen werden müßten auf diesem Parteitag. Ich muß dazu sagen, daß das glatt statutenwidrig wäre, und ich finde, wir können nicht mit Statutenwidrigkeit den Neuanfang beginnen. Wir haben dort auch konkrete Informationen zu Personen, und zwar nicht nur zu ehemaligen Funktionären, sondern ich sage das auch, zu Angehörigen, die auch Mitglieder der SED sind, und die Untersuchungskommission beantragt beim Schiedsgericht die Einleitung und Durchführung von Parteiverfahren auch gegen diese Personen – soweit die Erkenntnisse dafür ausreichen, daß man sagen kann: Es handelt sich um eindeutig moralwidriges Verhalten. Ihr werdet dazu heute noch etwas hören. Ich finde das auch richtig.

Wolfgang Berghofer: Ich darf mal klarstellen: Heute abend. Die 1. Sekretäre haben dann diesen Bericht. Du hast nachmittag gesagt.

Gregor Gysi: Also heute abend! So, das wird dann auch ordnungsgemäß durchgeführt. Die Genossen bekommen alle das Recht zur Stellungnahme, wie es sich gehört. Dann wird entschieden, und die Entscheidungen werden selbstverständlich öffentlich bekanntgegeben.

Zweitens, was ich sagen wollte, ist eine Bemerkung zum Ernst der Situation in diesem Lande. Das ist ja heute schon mehrfach gesagt worden, aber ich möchte es noch einmal ganz deutlich sagen. Wir werden hier von allen Seiten attackiert. Es findet mehr oder weniger doch ein deutlicher Großangriff statt. Ökonomisch wird es ganz schwierig, wenn wir erst einmal die Touristen aus dem anderen Teil ohne Visum, ohne Mindestumtausch – und das bei unseren subventionierten Waren – bekommen. Politisch ist es ganz schwer, weil vieles in Bewegung geraten ist und wie jede revolutionäre Veränderung sie eben Chancen und Gefahren gleichermaßen in sich birgt. Nicht alle erkennen, daß zum Beispiel ein Vakuum an politischem Einfluß, das entstehen könnte, wenn wir uns zurückziehen in diesem Lande, nur noch von Rechten ausgefüllt werden kann, und das ist dann eine existentielle Gefahr nicht nur für dieses Land.

Natürlich brauchen wir gute Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland, und natürlich sind wir auch daran interessiert, eine Vertragsgemeinschaft auszugestalten. Aber was wir ganz und gar nicht brauchen können, ist ein Großdeutschland. Das Ganze muß eingebettet werden in einem europäischen Prozeß. Es geht um ein gemeinsames europäisches Haus und nicht um einen deutschen Sonderweg. Und wir müssen das ganz deutlich erkennen, was das bedeuten würde. Nicht nur, daß wir das Armenhaus der Bundesrepublik werden würden oder ihr Süditalien. Es würde außerdem bedeuten, daß das ein Sieg der deutschen Rechten wären und zwar ein totaler. Die deutsche Linke wäre völlig ins Jenseits gedrückt, einschließlich der SPD, auch wenn sie es noch nicht erkannt hat. Es würde ein nationalistischer Taumel losgehen mit dem Ergebnis, daß natürlich als Nächstes die ehemals deutschen Gebiete Polens gefordert werden würden, und mit dem Ergebnis, daß die Alliierten und die anderen europäischen Mächte vor der Frage stünden: Nachgeben? Nicht nachgeben? Hatten wir alles